

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Informationsfluss zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Ausländerbehörden verbessern - Kriminelles Verhalten von Asylbewerbern konsequent ahnden

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Landtag über bestehende Defizite beim Informationsaustausch zwischen der Polizei, den Staatsanwaltschaften sowie den Ausländerbehörden zu unterrichten;
2. im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegenüber asylsuchenden Mehrfachtätern darauf hinzuwirken, dass diese Delikte - nach dem Vorbild der Staatsanwaltschaft Gera - von einem Staatsanwalt federführend bearbeitet werden;
3. die Polizei und Staatsanwaltschaften behördenintern anzuweisen, strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegenüber Asylsuchenden spätestens zwei Tage nach Aufnahme der Ermittlungen der zuständigen Ausländerbehörde unter Angabe des Deliktes zu melden.

Begründung:

Nach einhelliger Meinung schwächt kriminelles Verhalten von Asylsuchenden die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen und ausländischen Mitbürgern insgesamt. Diese Entwicklung steht einer erfolgreichen Integration entgegen und bedarf dringend geeigneter Gegenmaßnahmen. Insbesondere eine konsequente Strafverfolgung und Abschiebung delinquenter Asylsuchender stellt nach Auffassung der Fraktion der CDU ein unverzichtbares Mittel dar, um die Akzeptanz gegenüber Flüchtlingen in der Bevölkerung wieder zu stärken. Hieran mangelt es nach aktuellen Medienberichten im Freistaat insbesondere deshalb, da zwischen der Polizei und den Staatsanwaltschaften als Ermittlungsbehörden einerseits sowie den Ausländerbehörden andererseits ein nur unzureichender und überdies langsamer Informationsaustausch stattfindet. Dies führt beispielsweise immer wieder zu parallel laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen ein und denselben Asylsuchenden oder fehlenden Informationen der für Asylfragen zuständigen Ausländerbehörden. Diese behördlichen Informationsdefizite führen nicht nur zu Fehlentscheidungen und Vollzugsdefiziten, sondern in weiten Teilen der Bevölkerung auch und vor allem zu Unverständnis und mangelndem Vertrauen in den Rechtsstaat. Zur Verbesserung und insbesondere Beschleunigung strafrechtlicher, aber auch asylbehördlicher Entscheidungen bedarf es nach Auffassung der Fraktion der CDU daher dringend einer Intensivierung des Informationsaustauschs zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Ausländerbehörden. Die beste-

henden Regeln zum Informationstausch, insbesondere Nummer 42 der Anordnung über die Mitteilungen in Strafsachen, müssen konsequent angewendet und in kürzester Zeit umgesetzt werden. Nur so kann der Rechtsstaat auf diesem Gebiet verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, der Missbrauch des Asylrechts eingedämmt und die Integration von Flüchtlingen erfolgreich fortgesetzt werden.

Für die Fraktion:

Mohring